

Familienrecht heute

Unterhaltsrecht

von

Jochen Duderstadt

Fachanwalt für Familienrecht, Notar a. D., Göttingen

3., aktualisierte Auflage

ERICH SCHMIDT VERLAG

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Weitere Informationen zu diesem Titel finden Sie im Internet unter

ESV.info/978-3-503-24365-5

1. Auflage 2019

2. Auflage 2023

3. Auflage 2026

ISBN 978-3-503-24365-5 (print)

ISBN 978-3-503-24366-2 (eBook)

Alle Rechte vorbehalten.

© 2026 Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG

Genthiner Straße 30 G, 10785 Berlin

info@ESVmedien.de, www.ESV.info

Die Nutzung für das Text und Data Mining ist ausschließlich dem Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG vorbehalten.

Der Verlag untersagt eine Vervielfältigung gemäß § 44b UrhG ausdrücklich.

Satz: L101 Mediengestaltung, Fürstenwalde

Druck und Bindung: docupoint, Barleben

Vorwort

Im vorliegenden Leitfaden geht es um das materielle Unterhaltsrecht in all seinen Facetten.

Grundlage ist eine jahrzehntelange Praxis als Scheidungsanwalt, als Notar und als Dozent an verschiedenen Fortbildungsinstituten. Die fortlaufende Lektüre der Fachzeitschriften (insbesondere der FamRZ), etlicher Monographien, Kommentare, Lehrbücher und anderer Publikationen bildeten die dritte Erkenntnisquelle.

Das Buch wurde verfasst von einem Anwalt für Anwälte, aber natürlich auch für andere Juristen, die sich – und wenn auch nur am Rande – mit dem Familienrecht befassen wollen oder müssen. Und selbstverständlich können sich auch unmittelbar betroffene Laien dieses Bandes bedienen, denn er wurde in einer zwar korrekten, aber doch verständlichen Sprache geschrieben. Es sollte stets aufgeschlagen werden, wenn man bei der Lösung eines Falles an die Grenzen seines präsenten Wissens gerät.

Die zahlreichen Fußnoten verweisen ganz bewusst vorrangig auf Gerichtsentscheidungen und erst in zweiter Linie auf Abhandlungen in Fachzeitschriften sowie auf Monographien und Kommentare. Denn bei der Lösung eines Falles kommt es in erster Linie auf das an, was die Obergerichte und der BGH entschieden haben. Die bis Mitte Dezember 2025 veröffentlichte Rechtsprechung ist eingearbeitet.

In das Literaturverzeichnis habe ich die zahlreichen, aus den Fußnoten ersichtlichen Abhandlungen nicht mit aufgenommen.

In den mehr als 30 Berechnungsbeispielen dieses Leitfadens sind die aktuellen unterhaltsrechtlichen Selbstbehalte, die seit dem 1. 1. 2026 gültige Düsseldorfer Tabelle nebst Leitlinien, die Kindergeldreform 2026 und die aktuellen Transferleistungen zugrunde gelegt worden, soweit auf nichts anderes hingewiesen wird. Selbstbehalte sind nur dann nicht angepasst, wenn auf ältere Judikate Bezug genommen wird.

In einem Punkt muss ich um Nachsicht bitten:

In meinen Berechnungsbeispielen ist fast ausnahmslos der Ehemann der Unterhaltspflichtige, die Frau die Berechtigte. Das zugrunde liegende Ehemodell ist die Zuverdienst-, manchmal sogar die Hausfrauenehe. Die Zuverdienstehe entspricht der statistischen Normalität, nicht der normativen. Das ist zweifellos emanzipationswidrig, aber was hilft's? Es sollte nicht so sein, es ist aber so, und dass es so ist, liegt ganz überwiegend an den Männern, die von den alten Rollenmustern nicht Abschied nehmen wollen oder können, getreu einem nach wie vor gültigen Bonmot von Beck (Risikogesellschaft, 1986, S. 169), der den Männern dort „*verbale Aufgeschlossenheit bei weitgehender Verhaltensstarre*“ attestiert.

Ich bin deshalb von der Rechtswirklichkeit ausgegangen und habe um Neutralität und Geschlechtergerechtigkeit bemühte sprachliche Umständlichkeiten wie „*vollschichtig erwerbstätiger und gegenüber dem Obhutselternteil betreuungsunterhaltspflichtiger geschiedener Ehepartner*“ vermieden.

Göttingen, im März 2026

Jochen Duderstadt

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungen	16
Literaturverzeichnis	19
1. Einkommenslehre	21
1.1 Das Pflichtigen-Einkommen	21
1.1.1 Einkommensarten (alphabetisch geordnet)	22
1.1.2 Mietfreies Wohnen	29
1.1.2.1 Der Wohnvorteil	29
1.1.2.2 Was kann gegengerechnet werden?.....	32
1.1.2.2.1 Zinsen und Betriebskosten	33
1.1.2.2.2 Tilgungsanteile nach der Scheidung	34
1.1.3 Mischfälle	35
1.1.4 Unterhaltsrechtlich irrelevantes Einkommen	41
1.1.5 Fiktives Einkommen	45
1.1.5.1 Sprung in die Selbstständigkeit	46
1.1.5.2 Leichtfertiger Verlust des Arbeitsplatzes	48
1.1.5.2.1 Arbeitnehmerkündigung.....	48
1.1.5.2.2 Arbeitgeberkündigung.....	48
1.1.5.2.3 Das Alkoholikerprivileg.....	50
1.1.5.2.4 Das Diebesprivileg	51
1.1.5.2.5 Straffhaft.....	51
1.1.5.3 Leichtfertige Einschränkung der Erwerbstätigkeit bzw. des Einkommens	52
1.1.5.4 Mutwillig abgebrochene Ausbildung.....	55
1.1.5.5 Mutwillig verlängerte Arbeitslosigkeit	55
1.1.5.5.1 Mangelnde Erwerbsbemühungen	55
1.1.5.5.2 Arglistig vereinbarter Hungerlohn	58
1.1.5.5.3 Fallenlassen in das soziale Netz	59
1.1.5.5.4 Berufen auf Nebentätigkeitsverbot	60
1.1.5.6 Mutwilliger Verzicht auf Vermögen	61
1.1.5.7 Hausmannfälle.....	61
1.1.5.8 Verneinung der Einkommensfiktion	62
1.1.5.8.1 Objektive Aussichtslosigkeit von Erwerbs- bemühungen	62
1.1.5.8.2 Vorrangige Erstausbildung des Pflichtigen?	64
1.1.5.8.3 Sonstige Fälle	65
1.1.5.9 Verschwendung von Vermögen	66
1.1.5.10 Höhe des fiktiven Einkommens	66
1.1.5.11 Beweislast	68
1.1.6 Die eheprägenden Faktoren	69
1.1.6.1 Eheleiche Lebensverhältnisse und ihre prägenden Ele- mente	69

1.1.6.2	Nichtprägende Einkünfte infolge von Karrieresprung	70
1.1.6.3	Prägende überobligatorische Einkünfte	73
1.1.6.4	Die zeitliche Zäsur	74
1.1.6.5	Kinder als Eheprägender Faktor	75
1.1.7	Einsatz des Vermögensstamms	76
1.2	Abzugsfähige Positionen beim Pflichtigen	77
1.2.1	Berufsbedingte Aufwendungen	78
1.2.2	Aufwendungen für Vermögen	81
1.2.3	Schuldraten	81
1.2.3.1	Grundsätzliches	82
1.2.3.2	Eheprägende Schulden	83
1.2.3.3	Nichtprägende Schulden	84
1.2.3.4	Schuldraten beim Kindesunterhalt	85
1.2.3.5	Angemessenheit der Schulden	86
1.2.3.6	Schulden von Pflichtigen nach § 1615 lit. I BGB	88
1.2.3.7	Obliegenheit zur Privatinsolvenz des Unterhaltspflichtigen	88
1.2.4	Umgangskosten	92
1.2.5	Abzugsfähige Posten bei Selbstständigen	93
1.2.6	Die Selbstbehalte der Unterhaltspflichtigen	96
1.3	Das Eigeneinkommen der Berechtigten	97
1.3.1	Vermögenserträge und Vermögensstamm	98
1.3.2	Renten und sozialstaatliche Leistungen	99
1.3.3	Einkommen aus zumutbarer Arbeit und Ausbildungsvergütung	101
1.3.3.1	Zumutbare Arbeit geschiedener Partner	101
1.3.3.2	Ausbildungsvergütung	103
1.3.4	Sonstiges anrechenbares Einkommen	104
1.3.4.1	Mietfreies Wohnen	105
1.3.4.2	Leistungen von dem oder für den neuen Partner	106
1.3.4.3	Fiktive Einkünfte	110
1.3.4.4	Einkommen aus unzumutbarer Arbeit	113
1.3.4.5	Freiwillige Leistungen des neuen Partners	114
1.4	Der Einsatz des Vermögensstamms	114
1.4.1	Verwertung des Unterhaltsgläubigervermögens und Schonvermögen	115
1.4.1.1	Minderjährige	115
1.4.1.2	Ehepartner	115
1.4.1.3	Volljährige Kinder	116
1.4.1.4	Eltern	119
1.4.2	Verwertung des Pflichtigenvermögens und Vermögensselbstbehalte	120
1.4.2.1	Verwertung des Pflichtigenvermögens beim Minderjährigenunterhalt	120
1.4.2.2	Verwertung des Schuldnervermögens beim Ehegattenunterhalt	121

1.4.2.3	Verwertung des Schuldnervermögens beim	
	Erwachsenenunterhalt	123
1.4.2.3.1	Judikatur	123
1.4.2.3.2	Grundsätze	128
1.4.2.3.3	Opfergrenze wie bei gesteigerter Unterhaltspflicht?	132
1.4.2.3.4	Kriterien der gesteigerten Unterhaltspflicht	133
1.4.3	Ergebnis	136
1.4.4	Der Auskunftsanspruch	136
1.4.5	Gegenstand und Inhalt des Auskunftsanspruchs	137
1.4.6	Belegvorlage	137
1.4.7	Eidesstattliche Versicherung	138
1.4.8	Abhängig Beschäftigte	138
1.4.9	Selbstständige	139
1.4.10	Wartezeit	141
1.4.11	Vermögensauskunft	142
1.4.12	Ausnahmen vom Auskunftsanspruch	143
1.4.13	Schätzung bei unzureichenden Auskünften	144
1.4.14	Verfahrensrechtliche Auskunftspflicht	145
1.4.15	Auskunftsantrag	145
1.4.16	Stufenantrag	146
1.4.16.1	Grundstruktur	146
1.4.16.2	Umfang der Verfahrenskostenhilfe (VKH)	147
1.4.16.3	Steckengebliebene Anträge und ihre Kostenfolgen	148
1.4.16.4	Offenbarungspflicht und Rückforderung von Überzahlungen	150
2.	Minderjähriges Kind gegen Eltern	152
2.1	Düsseldorfer Tabelle und Eingruppierungsprobleme	153
2.2	Kindergeld	155
2.3	Das Rangfolgesystems	157
2.4	Betreuungs- und Barunterhalt (Gleichwertigkeitsregel)	158
2.4.1	Ausnahmen von der Gleichwertungsregel	160
2.4.2	Mütter in Zweitbeziehungen	162
2.4.3	Zweitjob für Männer?	165
2.4.4	Fremdunterbringung	167
2.4.5	Barunterhaltspflicht nach heterologer Insemination	168
2.5	Wechselmodell	168
2.5.1	Grundsätzliches zum paritätischen (symmetrischen) Wechselmodell	169
2.5.2	Berechnungsbeispiel	169
2.5.3	BGH-Rechtsprechung und andere Lösungen	172
2.5.4	Bezugsberechtigung für das Kindergeld	173
2.5.5	Das nichtparitätische (asymmetrische) Wechselmodell	176
2.5.6	Prozessuales	178
2.5.7	Sozialrechtliche Implikationen (UVG)	179
2.6	Sonderbedarf von Kindern	180

2.7	Mehrbedarf von Kindern	184
2.8	Verwirkung des Minderjährigenunterhalts	188
2.9	Vereinfachtes Verfahren	189
2.9.1	Dynamisierte Unterhaltstitel	189
2.9.2	Unzulässigkeit des vereinfachten Verfahrens	191
2.9.3	Kindesunterhaltsgesetz	192
2.10	Nichteheliche Kinder	192
2.11	Örtliche Zuständigkeit	194
3.	Minderjähriges Kind gegen Großeltern	196
3.1	Voraussetzungen der Ersatzhaftung	196
3.2	Die maßgebliche Verteilungsmasse	197
3.2.1	Der Selbstbehalt von Vater und Mutter	197
3.2.2	Großelterliche Ersatzhaftung	202
3.3	Spitzenbetragsersatzhaftung	203
3.4	Selbstbehalt	204
4.	Volljähriges Kind gegen Eltern	205
4.1	Anteilshaftung und Deckelung	207
4.1.1	Deckelung	207
4.1.2	Kritik am Deckelungsgrundsatz	210
4.1.3	Fiktives Einkommen	210
4.2	Abitur-Studium-Fälle	212
4.3	Abitur-Lehre-Studium-Fälle	215
4.4	Fachoberschule und Fachhochschule nach Lehre	218
4.5	Problematik der Zweitausbildung	222
4.6	Unterhalt bei Müßiggang	224
4.7	Einkünfte aus unzumutbarer Arbeit Volljähriger	226
4.8	Kranke Kinder	228
4.9	Verwirkung des Volljährigenunterhalts	229
4.9.1	Lebensführungsbedingte Verwirkung	229
4.9.2	Verhaltensbedingte Verwirkung	231
4.9.2.1	Kontaktverweigerung	231
4.9.2.2	Beleidigungen u. ä.	233
4.9.2.3	Vermögensdelikte	234
4.10	Der Vorfilter der Verwirkung	235
4.11	Die Schnittstelle zwischen Minderjährigen- und Volljährigen- unterhalt	235
5.	Elternunterhalt	238
5.1	Unterhaltsrelevantes Einkommen des Pflichtigen	239
5.1.1	Berücksichtigung von Altersvorsorgemaßnahmen	239
5.1.2	Darlehensraten	241
5.2	Das Vermögen des Pflichtigen	242
5.3	Bedarf und Eigeneinkommen des Bedürftigen	245
5.4	Das Schonvermögen	247

5.5	Berechnung des Elternunterhalts in der aktuellen Rechtsprechung	249
5.6	Unterhaltungspflicht von nicht- oder wenig verdienenden Ehefrauen	253
5.7	Anteilige Haftung mehrerer Pflichtiger	253
5.7.1	Auskunft	253
5.7.2	Monetarisierung des Naturalunterhalts	254
5.7.3	Die Nichthaftenden und ihre Quoten	255
5.7.4	Geschwisterregress	257
5.8	Verwirkung des Elternunterhalts	259
5.8.1	Sittliches Verschulden	259
5.8.2	Unterhaltungspflichtverletzung	260
5.8.3	Schwere Verfehlung	261
5.8.4	Ausblick	261
5.9	Der Vorfilter der Verwirkung	262
6.	Trennungsunterhalt	263
6.1	Unterhaltungspflicht dem Grunde nach	264
6.1.1	Natural- statt Barunterhalt	265
6.1.2	Lebensgemeinschaft und Trennung	266
6.1.3	Das Sofajahr	266
6.2	Ausnahmen: Erwerbsobliegenheit und Verwirkung	267
6.2.1	Erwerbsobliegenheit des Unterhaltsberechtigten	267
6.2.2	Verhaltensbedingte Verwirkung	269
6.3	Verteilungsregeln	269
6.3.1	Die Ehegattenquote	269
6.3.2	Der Systemwechsel (Monetarisierung des Naturalunterhalts) ..	270
6.3.3	Die Methoden	271
6.4	Verblaffen der ehelichen Solidarität	271
7.	Nachscheidungsunterhalt	273
7.1.	Betreuungsunterhalt und Tod des Altersphasenmodells (§ 1570 BGB)	273
7.1.1	Kindbezogene Gründe	275
7.1.2	Elternbezogene Gründe	277
7.2.	Altersunterhalt (§ 1571 BGB)	277
7.2.1	Allgemeines	277
7.2.2	Befristung	278
7.3	Krankheitsunterhalt (§ 1572 BGB)	279
7.3.1	Grundsätzliches	279
7.3.2	Befristung (Judikatur zum Zeitunterhalt)	282
7.3.3	Abschmelzung auf den angemessenen Bedarf	284
7.3.4	Dauerhafter Krankheitsunterhalt	285
7.4	Unterhalt wegen Arbeitslosigkeit (§§ 1573 I, 1574)	286
7.5	Ausbildungsunterhalt (§ 1575)	287
7.6	Billigkeitsunterhalt (§ 1576)	288
7.7	Aufstockungsunterhalt (§§ 1573 II, 1577) und Anspruchsspaltung	289
7.7.1	Allgemeines	289

7.7.2	Anspruchsspaltung	291
7.7.3	Befristung	291
7.7.4	Kürzung	293
7.7.5	Keine Befristung oder Kürzung	293
7.8	Übersicht zur Begrenzung von Unterhaltsansprüchen	295
7.9	Weitere Bedarfsarten	297
7.9.1	Sonderbedarf bei Ehepartnern	297
7.9.2	Mehrbedarf bei Ehepartnern	300
7.9.3	Krankenversicherung und Pflegeversicherung	302
7.9.4	Altersvorsorgeunterhalt	305
7.10	Verteilungsregeln	308
7.10.1	Geringfügigkeitsvorbehalt	308
7.10.2	Anrechnungsmethode	309
7.10.3	Kompletierungsmethode	311
7.10.4	Sättigungsgrenze und Bedarfsermittlung	313
7.10.4.1	Die relative Sättigungsgrenze	313
7.10.4.2	Konkrete Bedarfsermittlung	315
7.10.4.3	Vermögensbildung	317
7.10.4.4	Fazit	317
7.10.5	Konkrete Bedarfsermittlung bei unklarem Pflichtigen- einkommen	318
7.1.1	Spezialproblem: Zwei auf der Leistungsebene gleichrangige Frauen	318
7.2	Mangelfälle	321
8.	Verwirkung des Ehegattenunterhalts	325
8.1	Allgemeine Verwirkung (Zeit- und Umstandsmoment) und Verjährung	325
8.1.1	Titulierte Ansprüche	326
8.1.2	Anhängige Ansprüche	328
8.1.3	Vorprozessual geltend gemachte Ansprüche	329
8.1.4	Bezugszeitraum der Verwirkung	330
8.1.5	Beispielsfall für Zeit- und Umstandsmoment	330
8.2	Verwirkung des Ehegattenunterhalts nach der negativen Härteklausel	331
8.2.1	Kurze Ehedauer	333
8.2.2	Verfestigte Lebensgemeinschaft	334
8.2.3	Straftaten gegen den Pflichtigen	338
8.2.4	Mutwillige Bedürftigkeitserzeugung	341
8.2.5	Missachtung gegnerischer Vermögensinteressen	342
8.2.6	Missachtung familiärer Pflichten	344
8.2.7	Einseitiges schweres Fehlverhalten (incl. Beweislast)	344
8.2.7.1	Beleidigungen pp.	345
8.2.7.2	Häufige eheliche Untreue	345
8.2.7.3	Dauerhaftes Verhältnis	346
8.2.7.4	Umgangsvereitelung	347
8.2.7.5	Unterschieben eines Kindes	348
8.2.7.6	Einzelfälle	349

8.2.8	Auffangtatbestand	349
8.2.8.1	Verminderte Schuldfähigkeit	350
8.2.8.2	Kleine Schädigkeiten	350
8.2.8.3	Objektive Unzumutbarkeit	351
8.2.8.4	Sonstiges	351
8.2.9	Zusammenfassung	352
8.3	Verzicht auf Verwirkungseinrede	353
8.4	Wiederaufleben verwirkter Unterhaltsansprüche	353
9.	Mutter eines nichtehelichen Kindes gegen Vater	356
9.1	Ausgangslage	356
9.2	Anspruchsvoraussetzungen des Geburtsunterhalts	356
9.3	Anspruchsdauer	359
9.4	Anspruchsumfang und Anspruchshöhe	362
9.5	Konkurrenz zwischen Quotenunterhalt und Nachteilsausgleich	364
9.6	Anteilshaftung der Väter	366
9.6.1	Der zeitliche Bezugsrahmen der Anteilshaftung	367
9.7	Betreuungsunterhalt oder Nachteilsausgleich?	367
9.7.1	Primat des Nachteilsausgleichs in der Rechtsprechung	368
9.7.1.1	Erwerbseinkommen vor Geburt des älteren Kindes ...	369
9.7.1.2	Kappungsgrenze	370
9.7.1.3	Mindestbedarf	370
9.7.1.4	Unterhaltsdeckelung beim geschiedenen Vater	371
9.7.2	Zusammenfassung: Die Prüfungsschritte	371
9.7.3	Ergebnis des Ausgangsfalls	372
9.8	Ersatzhaftung	372
9.9	Sonderbedarf	372
9.10	Verwirkung	373
9.11	Rangstelle und Selbstbehalt	373
10.	Aufrechnung gegen Unterhaltsansprüche	375
11.	Abänderungsverfahren	377
11.1	Voraussetzungen	378
11.1.1	Die Verhältnisse	380
11.1.2	Die Wesentlichkeitsgrenze	382
11.1.3	Abänderung ausländischer Titel	383
11.2.	Fallgruppen	383
11.2.1	Änderung der tatsächlichen Verhältnisse	383
11.2.2	Änderung der rechtlichen Verhältnisse	388
11.3	Die Zeitschranken	389
11.3.1	Die prozessuale Zeitschranke	389
11.3.2	Die materielle Zeitschranke	391
11.3.3	Die Vertrauensschutzschranke	392
12.	Vaterschaft und Scheinvaterregress	393
12.1	Wahrheitswidrige Vaterschaftsanerkennung	393

12.2	Vaterschaftsanfechtung durch den biologischen Vater	394
12.3	Vaterschaftsanfechtung durch Kind, Mutter und Putativvater	396
12.4	Vaterschaftsanfechtung durch den Ehemann	398
12.4.1	DNA-Analyse gegen den Willen der Mutter	398
12.4.2	Vaterschaftsklärung	399
12.4.3	Heimliche DNA-Analyse im VKH-Kontext	401
12.4.4	Prozessuale Anmerkungen	402
12.5	Der Scheinvaterregress	403
12.5.1	Anspruchsumfang	403
12.5.2	Schadensersatzanspruch gegen die Mutter?	406
12.5.3	Der Reformentwurf	407
12.5.4	Auskunftsansprüche	408
12.5.5	Auskunftsanspruch des Kindes gegen Mutter und Vater	408
12.5.6	Auskunftsanspruch des Scheinvaters gegen die Mutter	409
12.5.7	Auskunftsanspruch des Scheinvaters gegen das Kind	410
12.5.8	Auskunftsanspruch des Scheinvaters gegen die Mutter als Vertreterin des Kindes	410
12.5.9	Auskunftsanspruch des Scheinvaters gegen den Putativvater ..	410
12.6	Anspruch der Mutter auf Auskunft über Identität des Vaters	410
13.	Zwangsvollstreckung	412
13.1	Pfändung und Pfändungsfreibeträge	412
13.2	Verteilungsregeln	414
13.3	Pfändungsschutz im Einzelnen	414
13.4	Vollstreckung aus übergegangenem Recht	416
13.5	Einstellung der Zwangsvollstreckung	416
13.6	Vollstreckungssabotage	417
14.	Steuerfragen	418
14.1	Steuerklassenwahl	418
14.1.1	Steuerklassenwahl nach der Trennung	418
14.1.2	Steuerklassenwahl nach der Wiederverheiratung	419
14.1.3	Splittingvorteil	420
14.2	Gemeinsame Veranlagung	421
14.2.1	Das Ehegattensplitting	421
14.2.2	Zeitrahmen	421
14.2.3	Zustimmungspflicht	422
14.2.4	Ausnahmen von der Zustimmungspflicht	424
14.2.5	Anspruch auf getrennte Veranlagung	424
14.2.6	Nachteilsausgleich	425
14.2.7	Schadensersatz und Erstattung	425
14.2.8	Sonstiges	426
14.3	Begrenztes Realsplitting	426
14.3.1	Absetzungsbetrag	426
14.3.2	Zustimmung und Nachteilsausgleich	427
14.3.3	Zustimmung ohne Anlage U?	429
14.3.4	Sicherheitsleistung	430

14.3.5	Schadensersatz	430
14.3.6	Sonderfälle	430
14.3.7	Absetzbarkeit von Prozesskosten	432
14.3.8	Zuständigkeit	432
14.4	Freibeträge	432
14.5	Steuererstattungen und -nachforderungen	433
14.5.1	Außenverhältnis	433
14.5.2	Innenverhältnis	433
Stichwortverzeichnis		435